

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/183

Bonn, der 26. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
2	Stabilität und Aufstieg ----- Zur Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD Vom 3. bis 5. Oktober 1963 in Essen Von Dr. Heinrich Heist MdB	24
3	Schüsse auf Spatzen - statt auf den Elefanten ----- Die öffentliche Diskussion über die "Abkröcker"	24
4	Politisches Wochenende in Bayern ----- Zur Landeskonzferenz der SPD	4
5 - 5a	Statistik: 19 DM für einen Urlaubstag ----- Kleine Rechnerei über ein aktuelles Thema Wieviel ist Erholung wert?	6
6	Hat das Gespräch mit Afrika schon begonnen? ----- Große Hypotheken sind noch abzutragen Von Bruno Kuster, Genf	30

Chefredakteur Günter Marktscheffel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Telefon: (0 22 21) Geschäftsleitung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 08 31 / 32) • Telex: 8 836 890

Stabilität und Aufstieg

Zur Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD
vom 3. bis 5. Oktober 1963 in Essen.

Von Dr. Heinrich Deist, MdB

Stabilität und Aufstieg - das ist das Leitwort der Wirtschaftspolitischen Tagung, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Oktober 1963 in der Stadt Essen veranstaltet. Damit werden zwei Gedanken ausgesprochen, die die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie bestimmen.

Weiter voran!

Stabilität: Die deutsche Wirtschaft hat die Fährnisse der Nachkriegszeit recht gut überstanden und einer bemerkenswerten Aufschwung genommen. Dies war das Ergebnis gemeinsamer Arbeit aller Schichten des Volkes, nachdem die Fesseln der Kriegszwangswirtschaft beseitigt und der freien Initiative wieder Raum gegeben war.

Heute stehen wir vor neuen Aufgaben: Es gilt, den gewonnenen Stand zu wahren und gesicherte Grundlagen für die weitere Aufwärtsentwicklung zu schaffen. Niemand kann bestreiten, daß sich immer wieder - bei Unternehmern ebenso wie bei Arbeitnehmern und Verbrauchern - Unbehagen über den Zustand und die Entwicklung unserer Wirtschaft geltend macht. Immer wieder bricht die Sorge durch, daß die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen unserer jungen deutschen Demokratie noch nicht so gefestigt sind, daß sie auch schwereren Stürmen standhalten könnten.

Es genügt nicht mehr, die Dinge einfach laufen zu lassen und auf das gute Glück zu vertrauen. Jetzt ist die Zeit für eine aktive Wirtschaftspolitik gekommen, deren Aufgabe es ist, mit all den Mitteln, die dem modernen Staat zur Verfügung stehen, eine stabile Ordnung und eine stabile Entwicklung zu sichern.

Das Leben würdig einrichten!

Aufstieg: Stabilität kann in einem demokratischen Staat niemals konservatives Beharren, Verfestigung der bestehenden Verhältnisse und damit Hemmung einer sozialfortschrittlichen Entwicklung bedeuten. Stillstand bedeutet in der Welt von heute Rückschritt.

Der Leistungsstand der deutschen Wirtschaft gibt uns die große Chance, den wirtschaftlichen Wohlstand so zu steigern, daß jeder nicht nur ein Leben ohne Furcht und Not führen, sondern in einer gerechten Weise am Ergebnis teilhaben kann. Wir blicken dabei voll Stolz auf ein Land wie Schweden, in dem unsere Freunde in stetigem Fortschreiten eine vorbildliche wirtschaftliche und soziale Ordnung schaffen.

Dabei sind wir uns bewußt: Wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit gehören zu den Voraussetzungen für eine Leben in Freiheit, aber sie sind nicht das letzte Ziel. Der Sinn des Lebens weist über das Materielle hinaus. Darum sagten wir in unserem "Appell von Hannover": "So wird jeder endlich die Freiheit gewinnen, sein Leben würdig einzurichten". Diesem Ziel muß auch die Wirtschaftspolitik dienen.

Das große Gespräch

Seit Jahren bemüht sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands um das offene Gespräch mit all den gesellschaftlichen Kräften, die neben und unabhängig von den Parteien stetig an der Gestaltung und Entwicklung unseres Lebens mitwirken. Mit steigendem Erfolg wird das Gespräch mit Männern der Kirchen, mit den Repräsentanten der Wissenschaft, mit Unternehmern und Arbeitnehmern in der Wirtschaft und mit den Vertretern aller jener vielen Gruppen, Vereine und Verbände geführt, die in ihrem Bereich und auf ihre Weise Menschen zur Gemeinschaft zusammenführen und so ein Stück bürgerschaftlichen Gemeinsinns entwickeln.

Dieses Bemühen wird für den Bereich der Wirtschaft auf der Essener Tagung fortgesetzt. Auf ihr werden Männer der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspraxis - unabhängig von ihrem politischen Standort - zu Wort kommen, weil sie uns etwas zu sagen haben.

Nach den bisherigen Anmeldungen kann man mit einer großen Beteiligung - weit über den Kreis der Sozialdemokratischen Partei hinaus - rechnen.

Zwei Arbeitsgemeinschaften, in denen kritische Probleme - die Einkommens- und Vermögensbildung und die Fortentwicklung der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit - behandelt werden, geben jedem Teilnehmer der Tagung - ebenfalls unabhängig von seinem politischen Standort - Gelegenheit, in offener Aussprache seinen Beitrag zu leisten.

Für moderne Wirtschaftspolitik aus einem Guß

Die wirtschaftspolitische Tagung findet am Ende des ersten Nachkriegsabschnitts der deutschen Politik statt, die äußerlich durch das Abtreten Konrad Adenauers und die Wahl eines neuen Bundeskanzlers gekennzeichnet ist. Der Zeitpunkt ist gut gewählt.

Auf der Tagung wird zum Ausdruck kommen, daß die Sozialdemokratie ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen in ständiger Auseinandersetzung mit der fortschreitenden Entwicklung der Wirtschaft und mit den Erkenntnissen der Wissenschaft folgerichtig zu einer modernen Wirtschaftspolitik aus einem Guß gestaltet hat.

Schüsse auf Spatzen - statt auf den Elefanten

Die öffentliche Diskussion über die "Abhör-Affäre"

sp - In dem Durcheinander der Erklärungen und Gegenerklärungen, die seit einigen Tagen im Zusammenhang mit der Abhör-Affäre beim Bundesverfassungsschutz auf den Bundesbürger niederprasseln, wird von der CDU/CSU - mindestens auf publizistischer Ebene - ein grandioses Ablenkungsmanöver durchgeführt. Plötzlich redet dort niemand mehr von den ursprünglichen Tatbeständen, die noch in der vergangenen Woche im Mittelpunkt des Interesses standen und die durch einen Artikel in der Wochenzeitung DIE ZEIT ausgelöst worden waren, sondern nur noch von der letzten PANORAMA-Sendung des Deutschen Fernsehens.

- * Es geht doch schlicht und einfach nicht etwa um PANORAMA,
- * sondern um die Frage, ob mit Duldung und Wissen von mehreren CDU-Bundesinnenministern das im Grundgesetz verankerte Telefon- und Briefgeheimnis verletzt worden ist oder
- * nicht.

Man könnte auch anders formulieren und etwa sagen: Die deutsche Öffentlichkeit, aufgeschauert durch Publikationen in mehreren Zeitungen, will wissen, ob Grundrechte des Bürgers mehr oder weniger am Rande oder sogar ausserhalb der Legalität behandelt werden.

PAKORAMA hat diesen aktuellen Vorgang zum Anlass genommen, um in Reportageform auf Merkwürdigkeiten, auch im Deutschen Bundestag, hinzuweisen und ist hierbei auf Widerstände und Widersprüche in den Aussagen von Personen geraten, die nach bestem subjektivem Wissen Fragen von Reportern beantwortet hatten.

- * Wir können uns vorstellen, daß die PANORAMA-Sendung dem Bundesinnenminister Köcherl sehr gelegen kam, denn was ihr folgte war gerade ein Musterbeispiel dafür, wie man es machen muß, um auf Spatzen schießen zu können, statt gegen Elefanten anzurennen.

Nun mögen die Spatzen hin- und herflattern. Der Elefant jedoch - die Vorgänge im Bundesverfassungsschutzamt - läuft nach wie vor durch den Deckel der bundesrepublikanischen Innenpolitik. Er wird nur gestillt werden können, wenn die dazu berufenen Gremien, also der Innenausschuß des Deutschen Bundestages und in letzter Instanz der Bundestag selbst, sich nicht ablenken lassen von den Vorgängen am Rande der eigentlichen Affäre, die immer noch die Abhör-Affäre des Bundesverfassungsschutzes ist.

Wir halten nicht viel davon, wenn mit einem Trommelfeuer von scheinbar brillant klingenden Formulierungen der Eindruck erweckt werden soll, als brauche man nicht mehr über das Verfassungsschutzamt und seine Tätigkeit selbst zu reden.

Politisches Wochenende in Bayern

Zur Landeskonferenz der SPD

RW - Bayern steht wieder einmal im Blendlicht politischer Aufmerksamkeit. Die satirisch gemeinte Rundfunklosse "Lies von Bayern" wurde in der Landeshauptstadt - trotz Oktoberfest - sehr ernst aufgenommen. Man protestiert, obwohl es allgemein bekannt ist, daß es die bayerische Landespartei CSU in den sechziger Jahren des Jahrhunderts nicht mehr mit der Ablehnung des Grundgesetzes so ernst meint wie zu Beginn ihrer politischen Existenz. Was sonst noch aktuell erscheinen kann, soll am kommenden Samstag von den Führungsinstanzen der CSU in München beraten werden.

Fast zu gleicher Zeit tritt die Konferenz des bayerischen Landesverbandes der SPD zusammen. Sie wird vermutlich in ruhigeren Bahnen laufen, als die CSU-Tagung, der es an schwer zu lösenden Fragen keineswegs mangelt. Die SPD in Bayern ist, wie anderwärts in der Bundesrepublik, in Parteibezirke eingeteilt. Ihr Landesverband ist daher keine Landespartei im gleichen Sinne wie die CSU, sondern hat in erster Linie die Aufgabe der Koordinierung der Parteibezirke im Bereich der Landespolitik. Auf der kommenden Landeskonferenz der SPD in Landshut wird allerdings eine Erweiterung des bisher sehr knapp besetzten Landesvorstandes vorgeschlagen. Dabei sollen bestimmte Sachgebiete künftig vom Landesverband unmittelbar erörtert und beraten werden; u.a. die Kommunalpolitik in Lande Bayern. Hierfür wird für den neuen Landesvorstand der junge und dynamische Oberbürgermeister von München, Dr. Hans-Jochen Vogel, vorgeschlagen. Zur Pflege der kulturpolitischen Aufgaben der SPD in Bayern, soll Waldemar von Koenigstein weiterhin dem Landesvorstand angehören.

Landesvorsitzender will Waldemar von Koenigstein, mit Rücksicht auf die Bedeutung dieses Sachgebietes, nicht mehr werden. Er hat entschieden eine erneute Kandidatur für dieses Amt, das er eineinhalb Jahrzehnte innehatte, abgelehnt. Über seine Nachfolge gehen die Meinungen auseinander. Von Niederbayern - Oberpfalz - allerdings nicht der stärkste Parteibeirk - wird der ehemalige bayerische Finanzminister Friedrich Zietsch vorgeschlagen, während die beiden anderen Bezirke, Südbayern und Franken, überwiegend für den derzeitigen Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Volkmar Gabelt eintreten, der in dieser seiner Eigenschaft eine gute Position innehat, um die einzelnen Landestelle der SPD-Organisation in Bayern zu koordinieren. Die Tatsache, daß zwei Vorschläge vorliegen, hat nun die Neugier sowohl des CSU-Landesdienstes wie auch des bekannten Kappfinger-Blettes "Passauer Neue Presse" geweckt, die beide mit allerlei Hintertreppen-Informationen aufwarten. Die nicht ausgesprochene, aber zwischen den Zeilen zu lesende Hoffnung, daß sich die SPD in dieser Frage in Bayern entzweit, wird auf der Landeskonferenz keine Erfüllung finden. Auch die Ausdrucksformen dürften sich wesentlich von denen der CSU-Konferenz unterscheiden, in der Franz Josef Strauß zum Landesvorsitzenden wiedergewählt wurde.

Statistik: 19 DM für einen Urlaubstag

Kleine Rechnerei über aktuelles Thema
Wieviel ist Erholung wert ?

"Urlaub" - bei diesem Wort träumt man von Sonne und Luft, von freuden Städten und Dörfern, von ausgedehnten Spaziergängen und unbeschwertem Stadtbummel: kein Wecker ruft frühmorgens zur Arbeit, kein Chef hat schlechte Laune, das Hasten und Jagen der täglichen Trottmühle sind für ein paar Wochen vorbei. Man ist für eine Weile "König über die Zeit". Doch alle diese romantischen Träumereien und Sehnsüchte haben einen sehr nüchternen Hintergrund. Der Blick in die Brieftasche oder auf das Sparkonto bringt uns meist von den sonnigen Gestaden des Mittelmeeres oder der Südsee rasch zurück in die rauhe Wirklichkeit eines wolkenverhangenen, regnerischen Arbeitstages. Kalkulieren und Rechnen treten an Stelle der beschwingten Phantasie.

Auch die Statistik ist den Urlaubsfreunden bereits auf die Spur gekommen. In nüchternen Zahlen sagt sie uns, was Herr Keier oder Frau Müller aus Regensburg alljährlich für ihren Urlaub ausgeben. So hat das "Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr an der Universität München", das 3000 Erholungsreisende aus dem gesamten Bundesgebiet befragt hat, errechnet, daß jeder Bundesbürger, der Urlaub macht, durchschnittlich 19 DM ausgibt. Für einen Tapetenwechsel im Inland gibt Herr X oder Frau Ypsilon im Schnitt rund 400 DM aus.

Natürlich geben diese Zahlen nur einen groben Durchschnittswert an, denn wenn der Fabrikant N. aus Neutraubling für vier Wochen an die Riviera fährt, dann liegt sein Urlaubsetat bestimmt höher als der des dritten Buchhalters eines kleinen Betriebes, der sich in einem bescheidenen Bauernhaus im Bayerischen Wald einmietet. Doch die Statistik resigniert keineswegs vor solchen extrem auseinanderliegenden Fällen: sie überrascht uns vielmehr mit weiteren interessanten Zahlen- spielerereien, an die der Urlauber bestimmt nicht denkt.

So kommt sie aufgrund ihrer Ermittlungen zu dem überraschenden Ergebnis, daß bei uns die Leute mit kleinerem Einkommen nicht viel weniger für ein paar Wochen Sonne und Luft ausgeben als solche, die einen höheren Verdienst haben. Die Zahlen beweisen es!

- * Während Urlauben mit einem Monatseinkommen bis zu
- * 400 DM 330 DM im Durchschnitt ausgeben, bei einer
- * Gesellschaftsreise sogar 360 DM, liegt der Aufwand
- * bei Personen, die 1.000 bis 1.500 DM im Monat ver-
- * dienen, erst bei 400 bis 460 DM.

Bei dickeren Brieftaschen steigen dann allerdings die Urlaubsausgaben ganz erheblich.

Kuraufenthalte verteuern meist den Urlaub. Dieser Tatsache haben es die Rentner und Pensionisten zu "verdanken", daß sie ebensoviel harte DM auf den Tisch legen wie die freiberuflich Tätigen. Am wenigsten für ihre Erholung wenden die Arbeiter auf, die, was den "offenen Geldbeutel" angeht, bei den Berufen weit am Schluß liegen, wie die Statistik zeigt.

- * Den dicksten Geldbeutel haben hier die selbständigen
- * Geschäftsleute und Unternehmer, die das weiße Feld
- * der einzelnen Berufsgruppen klar anführen.

Bei Gesellschaftsreisen allerdings gibt es die Unterschiede in den Berufen nicht, da die "Breite des Angebots" verhältnismäßig gering ist. Dafür geben die Gesellschaftsreisenden mehr aus für Anwesenken, Filme, Ausflüge oder Vergnügungen als der Einzelreisende, der dafür bei der Unterkunft und Verpflegung tiefer in die Tasche greifen muß.

Der Grund für das "lockere" Geld des Gesellschaftsreisenden dürfte darin zu suchen sein, daß er die regulären Kosten für den Urlaub schon vor der Fahrt bezahlt hat und somit das Taschengeld sorgloser ausgeben kann als der Einzelreisende, der erst am Schluß des Urlaubs seine tatsächlichen Ausgaben voll überblicken kann. Im einzelnen verschlingen Unterkunft und Verpflegung zwei Drittel der Urlaubskasse. Ein Zehntel kostet die Fahrt und gut zwei Fünftel machen die sonstigen Ausgaben aus.

+ + +

Hat das Gespräch mit Afrika schon begonnen?

Von Bruno Kuster, Genf

Den Höhepunkt der diesjährigen "Rencontres Internationales" von Genf, die dem Thema "Gespräch oder Gewalt?" (Dialogue ou Violence?) gewidmet waren, bildete zweifellos der Vortrag des 40jährigen Universitätsprofessors Ki-Zerbo aus Obervolta. Er untersuchte die Frage, ob das Verhältnis zwischen Afrika und Europa, das während Jahrhunderten durch brutale Gewaltanwendung gekennzeichnet war, nun in die Phase des Gesprächs eingetreten sei. Darf Europa überhaupt auf die Verständigungsbereitschaft dieses gleichen Afrika hoffen, von dem große Gebiete noch heute Schauplatz rücksichtsloser Gewaltanwendung der Weissen sind? Ki-Zerbo verstand es, seinem überwiegend weissen Publikum einen Spiegel der Unaufrichtigkeit entgegenzuhalten, ohne aber zu verletzen. Der schwarze Humanist vermochte in einem so hohen Maße zu überzeugen, daß ihm eine spontane Ovation für seine beschränkende Belehrung dankte. Selbst der französische Botschafter, der mit unbeweglicher Miene in vorderster Reihe dem schwarzen Urteil über fünf Jahrhunderte weisser Unmenschlichkeit lauschte, erhob sich impulsiv, um dem Nachkommen der in alle Richtungen verschleppten Sklaven zu danken.

Nein, Afrika macht durch den Mund Ki-Zerbos nicht uns dafür verantwortlich, was unsere Vorfahren seinem Volke angetan haben. Aber es erinnert daran, daß die europäisch-afrikanischen Beziehungen nicht mit dem erlösenden "Afrika-Jahr" 1960 begannen, als viele Gebiete zu mehr oder weniger unabhängigen Staaten wurden. Afrika lernte die Weissen im 15. Jahrhundert kennen, die auf das schwarze Elfenbein Jagd zu machen begannen, um ihre Pflanzungen mit billigen Arbeitskräften zu versorgen. Europäische Forscher schätzten die Zahl schwarzer Sklaven, die während der folgenden Jahrhunderte ihren Familien und Gemeinwesen entzissen wurden, auf 50 bis 100 Millionen.

Ki-Zerbo weist darauf hin, daß Europa und Nordamerika ihre Industrialisierung, die den Weissen heute eine so überwältigende materielle, aber nicht unbedingt moralische Überlegenheit sichert, zum Teil einerseits der schwarzen Arbeitstieren, andererseits dann später den Bodenschätzen des afrikanischen Kontinents verdanken. Der Preis, den Afrika dafür bezahlte, bestand nicht nur in unbeschreiblichen Leiden, sondern nicht zuletzt im Unterbruch seiner eigenen Entwicklung. Die heutige Rückständigkeit Afrikas, über die nicht wenige höhnisch lachen, ist nicht das Ergebnis "angeborener Trinitivität", sondern die unvermeidliche Folge einer jahrhundertelangen, christlich verbräteten Genozidpolitik.

Diese schwere Hypothek der Vergangenheit muß zumindest zur Kenntnis genommen werden, wenn die heutige Begegnung mit Afrika nicht in einer Kette tragischer und schließlich gewaltsamer Mißverständnisse enden soll. Bei aller Anerkennung für die seit 1960 eingetretenen Änderungen in den Beziehungen zwischen Europa und Afrika kann dieser Kontinent nicht anders, als in Portugal und Südafrika direkte oder indirekte Manifestationen der alten europäischen Vorherrschaft zu erblicken. Europa muß sich entscheiden, ob es sich gegenüber Afrika endgültig von der Gewalt, die auch die Form wirtschaftlicher und kultureller Bevormundung annehmen kann, lösen will und sich damit zum Gespräch bereitfindet, das nur zwischen Gleichberechtigten möglich ist. "Zwischen David und Goliath gibt es keinen Dialog," bemerkte Ki-Zerbo. - Trotz einer Flut von Worten hat das europäisch-afrikanische Gespräch noch kaum begonnen, da weder Revolver, noch Scheckbuch vertrauerweckende Argumente sind.